



13. Februar 2014

Offener Brief an den französischen Präsidenten François Hollande und die deutsche Kanzlerin Angela Merkel

Die Internationale der Öffentlichen Dienste appelliert an die Staats- und Regierungschefs der EU, eine Finanztransaktionssteuer auf möglichst breiter Grundlage zu beschließen

Nutzen Sie die FTS zur Finanzierung hochwertiger öffentlicher Dienste und einer nachhaltigen Entwicklung, um die Armut zu bekämpfen und den Klimawandel zu bewältigen

Sehr geehrter Präsident Hollande, sehr geehrte Kanzlerin Merkel,

ich schreibe Ihnen im Namen der 20 Millionen, von unserem globalen Gewerkschaftsverband Public Services International (PSI) in Europa und weltweit vertretenen öffentlichen Bediensteten, um Sie angesichts des bevorstehenden französisch-deutschen Gipfels am 19. Februar 2014 und der Beratungen über die Annahme einer Finanztransaktionssteuer auf ein dringendes Anliegen hinzuweisen.

Wir beglückwünschen Sie und Ihre Regierungen zu Ihrem im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit bewiesenen Engagement für eine Finanztransaktionssteuer (FTS) auf möglichst breiter Grundlage.

Fünf Jahre Krise haben sehr deutlich gezeigt, mit welcher Vehemenz sich die Finanzlobby gegen die Regulierung der Finanzmärkte sträubt, während die Kosten eines Systems, das unverändert „business as usual“ betreibt, weiterhin zu Lasten der ArbeitnehmerInnen und der Menschen vieler europäischer Gemeinden gehen.

Es ist an der Zeit, dass die Entscheidungskompetenz in Wirtschaftsfragen wieder in die Hände der Regierungen und Parlamente gelegt wird. Deshalb fordern wir Sie und Ihre Regierungen dringend auf, zu verhindern, dass Derivate jedweder Form von dieser Steuer ausgenommen bleiben. Da der Handel mit Derivaten den überwiegenden Anteil der Markttransaktionen ausmacht, würde ihre Ausnahme zu einem massiven Verlust an Steuereinnahmen führen und die Risiken einer Finanzinstabilität aufgrund von Spekulation und Steuerhinterziehung nur noch weiter erhöhen. Unsere Länder können es sich nicht leisten, auf jährlich 34 Milliarden Euro zu verzichten, die laut Prognose der Europäischen Kommission mit einer umfassenden FTS eingehoben würden. Ihre Entscheidung kann einen starken Einfluss auf die Europäische Union haben; wir ersuchen Sie daher, im Interesse Ihrer Gemeinden und der gesamten Europäischen Union das Richtige zu tun.

Ferner rufen wir die französische und deutsche Regierung und tatsächlich alle elf EU-Mitgliedsstaaten, die sich der FTS-Vereinbarung anschließen, dazu auf, die Mittel aus dieser Steuer für die Leistung lebenswichtiger öffentlicher Dienste und die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze zu verwenden, damit Armut und Ungleichheit im eigenen Land beseitigt, die nachhaltige Entwicklung gefördert und der Klimawandel bekämpft werden können.

Mit freundlichen Grüßen,

Rosa Pavanelli
Generalsekretärin
Public Services International